Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 604. **Sonnabend** den 26. November 1892. 86. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 27. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Gewerbekammer Leipzig.

Montag, den 28. d. M., Nachmittags 5 Uhr öffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale.

Tagesordnung: Verlangte Gutachten
a. über die beabsichtigte Errichtung einer zweiten Schneider-Innung in Leipzig,
b. über das Gesuch der Fleischer-Innung zu Leipzig-Lindenau-Plagwitz, die Ausdehnung ihres Bezirks auf Alt-Leipzig betr.,
c. über den beantragten Erlaß ortsstatutarischer Vorschriften, die **allwöchentliche** und beziehentlich **Freitags** zu bewirkende Auszahlung des Arbeitslohnes betr.

Hierauf **nichtöffentliche Sitzung.**

Leipzig, 26. November 1892.

D. R. Oehler, Vors. Herzog, S.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der vorgesetzten Kirchenbehörde soll die Zahl der weltlichen Mitglieder des hiesigen Kirchenvorstandes um zwei vermehrt werden. Die Zuwahl der beiden Mitglieder soll dergestalt erfolgen, daß eins auf die Dauer von 5 Jahren (bis Ende Mai 1897) und eins auf die Dauer von zwei Jahren (bis Ende Mai 1894) gewählt wird und das Loos darüber entscheidet, wer von ihnen zuerst auszuscheiden haben wird.

Die Wahl wird am 1. Adventssonntage, den 27. November, von Vorm. 11 bis Nachm. 1 Uhr in der Sakristei der Kirche stattfinden und hat durch **persönlich** abzugebende Stimmzettel zu geschehen, was den in die Wahlliste eingetragenen **Stimmberechtigten** mit der Bitte um zahlreiche Betheiligung an der Wahl hiermit bekannt gemacht wird, zugleich unter Hinweis darauf, daß **nach** dem Gesetze alle stimmberechtigten Gemeindeglieder wählbar sind, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, und daß die Wähler ihr Augenmerk auf **Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten haben.**

Leipzig-Gohlis, am 19. November 1892.

Der Wahlausschuß.
Dr. W. Seydel, Pastor, Vorsitzender.

Socialdemokratische Wahrheitsliebe.

L. B. Dreiste Bekundung undeutscher Sinnesart ist zwar in Deutschland immer noch nicht eine seltene Erscheinung, was aber das officielle Organ der deutschen Socialdemokratie, der „Vorwärts", während der letzten Wochen an Beschimpfung der nationalen Ehre und der nationalen Helden zu Tage gefördert hat, läßt ähnliche Leistungen der Ultramontanen, Welfen und sonstigen Particularisten weit hinter sich. Bismarck's sattsam bekannte Aeußerung über die „Chamade" und die „Fanfare" hatte Herrn Liebknecht in einen förmlichen Taumel versetzt. Kein Tag verging, an dem nicht der „Vorwärts" die „Fälschung" der Emser Depesche in einer Weise behandelte, die jedem Deutschen, der eine Spur von patriotischem Empfinden und historischem Sinn sein Eigen nannte, die Röthe des Zorns ins Gesicht trieb. „Mit Bismarck", so schrieb der „Vorwärts", „fällt auch eure ganze Reichsherrlichkeit, die große nationale That sinkt zu einem betrügerischen Verbrechen an der eigenen Nation herab, der greise Heldenkaiser erscheint willenlos, gelenkt vom Kanzler wie von Kammerdienern, und alle die großen Schlagworte eurer Geschichtsmacher und Professoren haben kein größeres Gewicht, als die Reclame irgend einer „Goldenen 110" oder eines Bandwurmdoctors. Das ist der große Dienst, den Bismarck uns wider Willen erwiesen hat; er hat die Bourgeoisie, die herrschenden Classen in einen Schmutz gezogen, aus dem sie nicht heraus können. Dem Proletariat, der Socialdemokratie ist die Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes vorbehalten."

Das war die Tonart, welche Herr Liebknecht Tag aus Tag ein anschlug, wenn er mit haßerfüllter Seele und diabolischem Behagen an der Verhetzung der gläubigen Massen die geschichtliche Wahrheit mit Füßen trat und im Schweiße seines Angesichtes sich abmühte, immer neue Schmähungen wider den „Depeschenfälscher" zu schleudern, „der zum Staunen der Welt noch nicht auf der Anklagebank sitzt". Aber nicht genug damit! Das Maß der Erbärmlichkeit sollte erst voll werden, als der Reichskanzler dem schändlichen Gebahren mit Actenstücken zu Leibe ging und die Vergleichung des bisher niemals veröffentlichten Originales der Depesche mit der Bismarck'schen Redaction die Verleumder wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel traf. Dieselben Volkstribunen, welche sich im Gegensatze zu der „verlogenen und versumpften Bourgeoisie" so gern und so pathetisch als wahrhaftige, selbstlose Idealisten aufspielen, sie sind zu feig und zu verlogen, um jetzt der geschichtlichen Wahrheit die Ehre zu geben; sie halten ihre alte Lüge, mit der sie seit zwei Jahrzehnten „krebsen" gehen, aufrecht. Der Beweis für diese Behauptung ist im „Vorwärts" und im „Wähler" vom 24. November d. J. geliefert.

Der „Vorwärts" kommt in der bezeichneten Nummer an vier Stellen auf die Emser Depesche zu sprechen. In seinem lediglich referirend gehaltenen Parlamentsbericht wird zwar der Wortlaut der ursprünglichen und der redigirten Emser Depesche nicht mitgetheilt, doch wird wenigstens über die Mittheilung des Grafen Caprivi gesagt:

„Ich rufe ins Gedächtniß zurück, daß Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli 1870 in Ems befand, daß er vom Grafen Benedetti angeredet wurde, daß der König eine ausweichende Antwort gab und ihm durch seinen Flügeladjutanten sagen ließ, wenn er eine Audienz nachsuche in einer erledigten Sache, so könne ihm dieselbe nicht gewährt werden. Diese Dinge sind niedergelegt in einem Promemoria des Fürsten Anton Radziwill, welches dem Auswärtigen Amte nicht telegraphisch zugegangen ist. Die erste Depesche trägt die Actennummer A 2301, sie rührt von dem Geheimen Rath Abeken her; es heißt darin, daß Seine Majestät der König schrieb, Benedetti habe ihn auf der Promenade in Ems zuletzt sehr dringlich angesprochen wegen der Candidatur der Hohenzollern. Der König habe ihn zuletzt sehr ernst zurückgewiesen und zuletzt beschlossen, ihn nicht mehr zu empfangen, nachdem er die Nachricht von der Zurückziehung der Candidatur der Hohenzollern in Spanien erhalten habe. Der König stellte dem Kanzler anheim, die neue Forderung Benedetti's und die Antwort des Königs sofort den Gesandten und der Presse mitzutheilen. Darauf formulirte der Kanzler Graf Bismarck eine solche Depesche, welche sich lediglich als eine Ausführung des königlichen Auftrags darstellt. Die Depesche ging noch am Abend des 13. Juli an alle Gesandtschaften ab. Um der Meinung entgegenzutreten, als sei der hochselige König nicht seiner eigenen Ansicht gefolgt, verweise ich auf Vorgänge desselben Tages; es findet sich ein Billet des Königs an Abeken in den Acten, worin er ausspricht, daß er über die neue Zumuthung Grammont-Ollivier's indignirt sei. Daraus geht hervor, daß der König nicht der schwache Mann war, wie er dargestellt wird, und Europa war damals derselben Meinung wie der König. Das bewiesen damals bekannt gewordene Erklärungen anderer Regierungen, so der englischen und der russischen, deren Wortlaut der Redner verliest. Damals war die Ansicht allgemein die herrschende, daß nach Zurückziehung der Candidatur Hohenzollern Frankreich nichts mehr verlangen könne. Wenn das trotzdem geschah, so konnte Frankreich nur den Krieg oder eine Demüthigung Deutschlands wollen. Deutschland hätte aber eine solche Demüthigung nicht hinnehmen können. (Beifall.)

Zweitens bringt der „Vorwärts" einen raisonnirenden Bericht über die Reichstagssitzung, in welchem es heißt:

„Daß die Rede lang war, so lang, daß uns eine gleich umfängliche Auslassung des Kanzlers nicht bekannt ist, ist, abgesehen von den Mittheilungen über die wirkliche (dies Wort ist auch im „Vorwärts" gesperrt gedruckt. D. Red.) Emser Depesche und deren durch Bismarck „redigirten" seiner Zeit der Oeffentlichkeit unterbreiteten Wortlaut, das einzig Bemerkenswerthe an dieser parlamentarischen That."

Die beiden vorstehenden, dem objectiven und dem subjectiven Parlamentsbericht des „Vorwärts" entnommenen Stellen thun unwiderleglich dar, daß der Redaction des officiellen Organs der deutschen Socialdemokratie die geschichtliche Wahrheit bekannt war. Trotzdem heißt es in einem dritten Artikel über die Reichstagssitzung:

„Bei Betrachtung der auswärtigen Verhältnisse kam der Reichskanzler auch auf die gefälschte Emser Depesche zu sprechen. Er suchte den Nachweis zu liefern, daß sein Vorgänger am kritischen Tage — 13. Juli 1870 — mehrere Depeschen aus Ems erhalten habe, die von demselben nicht gefälscht worden seien. Und die französische Regierung habe Deutschland um jeden Preis demüthigen wollen. Schade nur, daß gewisse unumstößlich feststehende Thatsachen hiermit nicht stimmen. Erstens die Thatsache, daß auch die bisher bekannte echte Depesche, der Radziwill'sche Bericht, einen amtlichen Charakter hat und aus dem Cabinet des Königs von Preußen kam. Und zweitens die Thatsache, daß nach dieser echten Depesche der französische Gesandte Benedetti die Erklärung abgegeben hatte, er werde sich bei der erhaltenen Antwort beruhigen. Der „Zwischenfall" der Hohenzollern-Candidatur war also erledigt, als Fürst Bismarck seinem eigenen Gehündniß nach aus der „Chamade" eine „Fanfare" machte. Das „Fälschen" ist ja ein hartes, grobes Wort — Fürst Bismarck milderte es, indem er ein anderes Wort fälschte und die „Fälschung" „Redaction" nannte."

Der vierte Artikel endlich, der sich mit der Emser Depesche befaßt, lautet:

„Die Fälschung der Emser Depesche." Nachdem der deutsche Reichskanzler genöthigt worden ist, die Verwandlung der „Chamade" in eine „Fanfare" im Reichstag zur Sprache zu bringen und einen, nichts weniger als gelungenen Rechtfertigungsversuch zu machen, ist für den Fürsten Bismarck, falls er seinen Charakter nicht freiwillig Preis giebt, die gebieterische Nothwendigkeit erwachsen, seinen Platz im Reichstage einzunehmen und wenigstens in der kommenden Budget- und Militair-Debatte betreffs seiner „Redaction" der Emser Depesche Rede und Antwort zu stehen.

Also heraus aus dem Busch und vor die Klinge, Herr Abgeordneter für Gerlemünde-Naubans a. d. O.!"

Gehen wir von dieser Auslassung, welche im Fieberwahn oder in einem Anfall sinnloser Wuth geschrieben zu sein scheint, zum „Wähler" über. Das Leipziger socialdemokratische Organ darf sich in dem vorliegenden Falle — wir erkennen das bereitwilligst an — einer geschickteren Redaction als der „Vorwärts" rühmen.

In dem augenscheinlichen Bestreben, soweit sein Reichstagsbericht in Frage kommt, des biederen Polonius' Behauptung, daß Kürze des Witzes Seele sei, zur That werden zu lassen, schreibt der „Wähler":

„Außerdem beliebte Herr v. Caprivi, Beleidigungen Bismarck's und zynische Aeußerungen gegen denselben ebenfalls abwechseln zu lassen. Besondere Aufmerksamkeit suchte er sich durch die Besprechung der bekannten Emser Depesche zu verschaffen, was ihm auch gelang. Aus einem Bündel diplomatischer Actenstücke verlas der Reichskanzler mehrere Telegramme, die beweisen sollten, daß sein Vorgänger nicht Depeschen gefälscht habe, wie ihm in der Presse vorgeworfen worden sei. Der alte Kaiser Wilhelm sei in seinen Entschließungen selbstständig gewesen, welche Behauptung die Rechte mit einem Bravo begleiteten. Man wußte eigentlich nicht recht, was dieses Bravo an der Stelle sollte" ꝛc.

Zur Entschädigung für diesen im Lapidarstil gehaltenen „Bericht" wird im Briefkasten eine Persönlichkeit M. H., welche zur guten Stunde wißbegierig wurde, über den Unterschied zwischen der „Chamade" und der „Fanfare" belehrt. Und zwar geschieht das in der Weise, daß die „echte" Emser Depesche und „die Bismarck'sche Bearbeitung" neben einander abgedruckt werden. Wir brauchen eigentlich wohl nicht ausdrücklich zu bemerken, daß als „echte" Depesche das am 17. Juli in Berlin eingetroffene Promemoria Radziwill's ausgegeben wird. Des Weiteren macht das pfiffige Organ eine indirecte Anleihe bei der „Neuen Freien Presse" und entnimmt diesem verhaßten Bourgeoisblatte die Quintessenz der lügenhaften „Enthüllung", wie sie das Kölner Jesuitenblatt, die „Köln. Volksztg.", zugestutzt hat. Damit ist die Leistung des „Wählers" aber nicht erschöpft. Zum Unterschiede vom „Vorwärts" besitzt das Leipziger Socialistenblatt zwar einen schmalen Rest von Schamgefühl, das ihm verbietet, die echte Emser Depesche ganz zu unterschlagen. Es theilt daher Abeken's Telegramm — natürlich an versteckter Stelle — mit, leitet dieselbe aber folgendermaßen ein:

„Die heutigen Morgenzeitungen bringen (nach Caprivi) folgende allerechteste (das Wort ist auch im „Wähler" gesperrt gedruckt. D. Red.) Emser Depesche, die Bismarck durch den Geheimrath v. Abeken erhalten haben soll."

Heißt das nicht, die Echtheit der vom Grafen Caprivi verlesenen Depesche Abeken's anzweifeln? Ist das etwas Anderes, als den Reichskanzler bezichtigen, daß er die deutsche Volksvertretung angelogen habe?

Dem Reichskanzler bleibt nunmehr nichts Anderes übrig, als auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die socialdemokratische Presse zur Aufnahme einer thatsächlichen Berichtigung zu zwingen. Graf von Caprivi hat A gesagt — wir hoffen, daß er auch B sagt und ganze Arbeit macht.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 25. November. Der politische Eindruck der vorgestrigen Rede des Reichskanzlers, so weit er sich in der nichtgouvernementalen Presse abspiegelt, ist fast gleich Null. In den Blättern der nationalen Parteien — wir gestatten uns noch immer, diese Eintheilung beizubehalten — findet man nur insofern Variationen, als die einen die bittere Pille des Urtheils, daß Graf Caprivi mindestens nichts Neues gesagt habe, überzuckern, die anderen nicht. In dem anderen Theile der Presse erfährt Graf Caprivi das Schicksal, das er dort immer erfahren hat: man verwirft ihm die Unterstützung, macht ihm aber Complimente. Das hatte und hat seinen guten Grund. Früher war es die Furcht vor der Rückkehr des Fürsten Bismarck, die eine stellenweise bis zur „Unheimlichkeit" freundliche Behandlung seines Nachfolgers empfahl. Das ist vorbei. Heute haben die Liebenswürdigkeiten einen positiven Zweck: man möchte Caprivi die Fortführung seines Amtes erleichtern. Ultramontane, Radicale, Socialdemokraten, namentlich aber Particularisten, fühlen sich sehr wohl unter seinem Regiment. Ist er nicht der Messias ihrer Erwartungen, so doch ihr Johannes. Es sei dies nur zur Kennzeichnung einer Anzahl deutscher Parteien festgestellt. Daß die Stellung des Reichskanzlers durch dieses Wohlwollen eine gesicherte sei, soll nicht behauptet werden. Sehr bezeichnend erregt das Einzige, was in der Kanzlerrede die Nationalen befriedigt hat, den schlecht oder gar nicht verhehlten Unwillen der Andern: die Mittheilungen über die Emser Depesche. Auf der einen Seite sind es besonders die Strahlen, welche hier wieder auf das herrliche Bild des alten Kaisers fallen, die Genugthuung hervorrufen. Die Bismarckhasser wiederum verargen es dem Reichskanzler, daß er die eifrig verbreitete, wenn auch von ihnen selbst nicht geglaubte Mär von der Fälschung der Emser Depesche aus der Welt geschafft hat. Der „Vorwärts", in dieser Angelegenheit die Autorität der Franzosen, Ultramontanen und des Herrn Richter, zeigt wenigstens einige Verlegenheit, über die er sich mit neuen Lügen hinweghilft; die „Freis. Ztg." aber behauptet, freilich ohne die Erbringung eines Beweises auch nur zu versuchen, einen „wesentlichen Unterschied zwischen dem veröffentlichten Telegramm und dem nach Berlin übermittelten Bericht über jene Vorgänge". Sie ist offenbar von dem Ehrgeiz geleitet, morgen in der gesammten französischen Presse als Vertheidiger Napoleon's, Gramont's und Ollivier's gepriesen zu werden. Der aus dem Krötenmeide gegen das Glänzende herausgeborene Haß des Herrn Richter gegen den Fürsten Bismarck schreckt nicht einmal davor zurück, durch Parteinahme für den Feind von 1870 und gegen das eigene Vaterland von einem Gladstone abzustechen.

* **Berlin,** 25. November. Herr v. Helldorff hat zu Beginn der parlamentarischen Session gleich eine Niederlage erlitten; er ist, wie schon gemeldet, aus dem Vorstand der Reichstagsfraction ausgeschieden worden. An seine Stelle wurde der bekannte Agrarier Graf Mirbach gewählt. Der Vorgang ist deshalb von Bedeutung, weil man bisher der Ansicht war, daß Helldorff in der conservativen Reichstagsfraction verhältnißmäßig großen Anhang habe, ja daß diese in ihrer Majorität nicht sowohl in dem Fahrwasser der „Kreuzzeitung" als in dem des unbedingten Helldorff'schen Gouvernementalismus schwimme. Die Bedeutung der jetzigen Vorstandswahl liegt also hauptsächlich darin, daß Herrn von Helldorff nunmehr auch das letzte Operationsgebiet verschlossen ist. Von allen seinen parteipolitischen Ehrenämtern ist ihm nur der Sitz im allgemeinen Parteivorstand geblieben, und auch hier hat er durch die Absetzung vom Amte eines Präsidenten ein deutliches Mißtrauensvotum erhalten. Es scheint, als ob die Art und Weise der Helldorff'schen Opposition, und zwar mehr vielleicht ihre formelle als ihre sachliche Seite, so allgemeinen Widerspruch erregt habe, daß Herr v. Helldorff thatsächlich kalt gestellt ist. Ob er dann auf dem Parteitag im December noch obendrein aus der Partei überhaupt „hinausfliegen" wird, erscheint angesichts der geringen Gefolgschaft, die sich bisher zu ihm bekannt hat, als ziemlich bedeutungslos. Jedenfalls ist es den Gegnern Helldorff's gelungen, ihn politisch zu isoliren. Das ist ein nicht unwichtiges Symptom für die allgemeine politische Lage und den immer schärfer sich herausbildenden Gegensatz zwischen den conservativen und den übrigen Bestandtheilen des alten Cartels.

Y. **Berlin,** 25. November. (Telegramm.) Zu dem leichten Unwohlsein des Kaisers schreibt der „Reichsanzeiger": Der Kaiser verbrachte eine gute Nacht. Der Erkältungszustand ist beinahe als überwunden anzusehen.

⟹ **Berlin,** 25. November. (Telegramm.) Die „Nationalzeitung" sagt zu dem Wahlresultat in Friedeberg-Arnswalde: Die Wahl in Arnswalde ist eine vortreffliche Einleitung zu dem conservativen Parteitag, der nun auch zu der antisemitischen Frage Stellung nehmen soll. — Ueber die Steuerdebatten im Landtage schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an leitender Stelle heute Abend u. A.: Ob und inwieweit die Zweifel und die in Betreff der Einzelheiten des Plans vorgebrachten Bedenken auf das Schicksal der Vorlage von Einfluß sein können, haben die Debatten in keiner Weise erkennen lassen. Diese Klärung dürfte der Commissionsarbeit vorbehalten sein. Nachdem aber wohl mit gutem Erfolg die Behauptung zurückgewiesen ist, der gesammte Reformplan franke an einer prononcirt agrarischen Tendenz, darf man wohl hoffen, daß die Commissionsarbeit im Stande sein werde, die beregten und gewiß nicht leicht zu nehmenden Zweifel zu beheben. Ob die Parteien, welche die Steuerreform in der Hauptsache wollen, weise daran thaten, die Lösung der Wahlrechtsfrage zur Vorbedingung für die Zustimmung zum Steuergesetz zu machen, darf billiger Weise bezweifelt werden. Auch hier werden indessen erst die Beschlüsse der Commission und des Hauses entscheiden.

— In der Frage des Gebrauchs der Schußwaffen hat die Militairverwaltung sich nun zu einem gewissen Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Bevölkerung bereit erklärt. Es ist verfügt worden, daß in belebten Straßen die Posten nicht mehr mit scharfen Patronen versehen werden. Damit würde der Wiederkehr der beklagenswerthen Vorfälle, die besonderen Anlaß zu Beschwerden gegeben, wenigstens einigermaßen vorgebeugt sein. Inzwischen sollen die Ermittlungen über die Einschränkungen der Wachtposten fortgesetzt werden. Natürlich kann mit dem Verzicht auf die militairischen Posten nicht einfach auf die Bewachung der in Frage kommenden Gebäude verzichtet werden. Es müßten andere Sicherheitsmaßregeln, Schutzmannsposten ꝛc. eingeführt werden. Unter dieser Voraussetzung würden wohl auch die Civilbehörden, auf deren Aufsagen der Kriegsminister sich berief, die Einziehung der militairischen Posten unbedenklich finden. Giebt es doch jetzt schon eine Anzahl staatlicher Gebäude, die des Schutzes militairischer Posten entbehren.

— Im Cultusministerium sind die Entwürfe, betr. die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer u. s. w., ausgearbeitet und harren noch der endgiltigen Beschlußfassung durch das Staatsministerium. Im letzten Augenblick scheinen sich Schwierigkeiten eingestellt zu haben, die erst gehoben werden müssen.

— Der „Reichsanzeiger" schreibt: Es haben sich, namentlich in neuester Zeit, vielfach Consumvereine und sonstige Gesellschaften gebildet, welche wesentlich den Ausschank geistiger Getränke oder den Verkauf von Branntwein im Wege des Kleinhandels an ihre Mitglieder bezwecken. Ob die preußischen Gerichte, die hierin einen Gewerbebetrieb bisher nicht erblickt haben, von ihrer Praxis abgehen und sich der Rechtsansicht des Dresdner Oberlandesgerichts anschließen möchten, das bei eingetragenen Genossenschaften mit Rücksicht auf deren selbstständige juristische Persönlichkeit die Merkmale eines concessionspflichtigen Betriebes als vorhanden erachtet, erscheint fraglich. Jedenfalls aber kann angenommen werden, daß in einer großen Zahl von Fällen die Form eines Consumvereins oder einer sonstigen Gesellschaft zu den vorgedachten Zwecken nur simulirt ist und in Wahrheit ein concessionspflichtiger Schankwirthschaftsbetrieb oder Branntweinkleinhandel des Lagerhalters, Geschäftsführers, Castellans ꝛc. vorliegt, dessen gesetzwidriges Treiben die Mitglieder häufig noch durch Besorgung eines billigen Einkaufs der Getränke in seinem Interesse oder in anderer Weise unterstützen. Da solche Gesetzesumgehungen — durch eine nur zum Scheine vorgeschobene Vereinsbildung — an vielen Orten zu einer ernsten Gefahr für das Volkswohl zu werden drohen, sind die Regierungs-Präsidenten durch Erlaß des Ministers des Innern ersucht worden, die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf solche Vereine besonders hinzulenken. Durch sorgfältige Ermittelungen ist überall der Sachverhalt möglichst aufzuklären und das gesammte Material, falls der Verdacht der Simulation sich begründen läßt, zur Strafverfolgung gegen den Lagerhalter und die etwa mitschuldigen Mitglieder den Staatsanwaltschaften zu übergeben.

— Der (wie schon kurz gemeldet wurde) verstorbene frühere Polizei-Präsident von Berlin wirklicher Geheimer Rath v. Madai hat ein Alter von mehr als 80 Jahren erreicht. Er war, so berichtet die „N. L.", bis zum Jahre 1866 Landrath des Posenschen Kreises Schroda und wurde nach der Besetzung der freien Stadt Frankfurt durch die preußischen Truppen als Civil-Commissar dorthin berufen. Nach der Einverleibung Frankfurts wurde er zum Polizei-Präsidenten daselbst ernannt. Später wurde er als Nachfolger v. Wurmb's nach Berlin versetzt, und hier hat er an der Spitze des Polizei-Präsidiums gestanden, bis er 1885 in den Ruhestand trat. Kaiser Wilhelm I., zu dem ihn sein Dienst täglich führte, wenn der Kaiser in Berlin weilte, entließ ihn damals nur ungern und erst nach Wiederholung seines Entlassungsgesuchs. Bei seinem Abschiede erhielt er den Titel als Wirklicher Geheimer Rath. Der Huld Kaiser Wilhelm's verdankte Madai auch die Ernennung zum Dom-Capitular zu Brandenburg, dessen Senior er im Laufe der Zeit wurde.

* **Aus Schleswig-Holstein,** 23. November. Ueber die Gründung eines von uns schon erwähnten dänischen Schulvereins wird den „Hamb. Nachr." aus Hadersleben geschrieben: 58 Unterzeichner, meist Grundbesitzer auf dem Lande, haben unter Führung von Gustav Johannsen einen Aufruf zu einer Versammlung veröffentlicht. Sie fordern darin alle „dänischen" Eltern auf, aus allen Kräften den Rest von Dänisch, der noch in der Volksschule ist, zu vertheidigen, das Dänische im Hause zu fördern und möglichst für Unterweisung der Jugend im Dänischen nach der Confirmation Sorge zu tragen. Der nun zu gründende Verein soll diese Bestrebungen unterstützen und „ein bedeutungsvolles Glied werden in dem nationalen Vertheidigungskampf". Man sieht daraus das offene Eingeständniß, daß es mit der „dänischen" Sache reißend in der Jugend bergab geht. Indem die Herren damit anerkennen, daß die Kenntniß der dänischen Sprache bei der Schuljugend immer mehr verschwindet, gestehen sie auch ein, daß die dänische Literatursprache nichts mit der westjütischen Mundart, welche die Kinder und das Volk spricht, zu thun hat. Der Versuch, durch die „dänische Sprache" die herrschende westjütische Volksmundart zu verdrängen — denn darauf würde doch der neue Verein sein Bestreben richten müssen —, wird unter diesen Umständen ein Unternehmen sein, dessen Erfolgen die deutsche Schule und in deren Gefolge die deutsche Kirchensprache mit großer Ruhe entgegensehen kann.

* **Landsberg a. d. Warthe,** 25. Novbr. (Telegramm.) Nach dem soeben eingetroffenen bisherigen Resultat der Reichstagsersatzwahl im Kreise Arnswalde-Friedeberg erhielt Ahlwardt 5541, der Deutschfreisinnige Drawe 2526, der Conservative von Waldow 2270, der Socialist Millarg 598 und der Nationalliberale Hobrecht 395 Stimmen. Es fehlen noch die Resultaten aus 37 Orten.

* **Posen,** 24. November. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen der dritten Abtheilung wurden zwei deutsche und zwei polnische, bei den heutigen Wahlen der zweiten Abtheilung sechs deutsche Candidaten gewählt. —

SLUB
Wir führen Wissen.